



Eltern an allgemeinbildenden Gymnasien wollen die Option der zwei Wege zum Abitur

Die Pädagogik des Gymnasiums muss endlich die Verschiedenheit der Kinder berücksichtigen

Geschäftsf. Vors.: Dr. Carsten T. Rees
Geschäftsstelle: Silberburgstr. 158
70178 Stuttgart
Tel: 0711 741094 Fax: 0711 741096
E-Mail: info@leb-bw.de
www.leb-bw.de
Stuttgart, den 21.12.2011

Die Arbeitsgemeinschaften der gymnasialen Elternbeiratsvorsitzenden (ARGEn) der vier Regierungsbezirke und die Vertreter der Gymnasien im Landeselternbeirat hatten im Juli in einer gemeinsamen Pressemitteilung die Option der acht- und neunjährigen Wege zum Abitur an den allgemeinbildenden Gymnasien einhellig begrüßt. Bei mehreren, durchaus repräsentativen Umfragen in den Jahren 2009 und 2010 hatten 80% der Eltern an Gymnasien diese Wahlmöglichkeit begrüßt, 70% dieser Eltern würden für ihr Kind einen neunjährigen Weg wählen. Schon heute werden im Landesschnitt 17% der Gymnasialempfehlungen nicht verwirklicht - die Kinder besuchen mit Blick auf die bekannten Belastungen des achtjährigen Abiturs die Realschule und hoffen auf einen Platz an einem beruflichen Gymnasium, um auf diesem Weg ihr Abitur zu erreichen.

Hintergründe für die Kritik am achtjährigen Gymnasium waren und sind nach Auffassung der gymnasialen Elternvertreter zum einen der hohe Leidensdruck durch zu viel Stoff, zu viel Unterricht, zu viele Hausaufgaben und das teils stupide Pauken auf Klassenarbeiten, zum anderen aber auch die geringe Bereitschaft und Fähigkeit des Gymnasiums, auf die Verschiedenheit der Schüler einzugehen.

Bei den Eltern hatte die grün-rote Regierung deshalb mit ihrer Ankündigung der zwei Wege am Gymnasium große Hoffnung geweckt, dass die Kinder im Gymnasium wenigstens zeitlich entlastet werden könnten und damit wieder mehr Zeit für Hobbies und Freizeitaktivitäten, für musikalisches, sportliches und soziales Engagement und nicht zuletzt für ihre persönliche Reife erhalten würden.

Auch die Einladung an alle Schularten, sich mit den Gemeinschaftsschulen an der Entwicklung individueller und kooperativer Lernkonzepte zu beteiligen, hatte bei den gymnasialen Eltern große Hoffnungen auf die überfällige pädagogische Weiterentwicklung des Gymnasiums geweckt.

Der Bildungsbericht 2011 des Landesinstituts für Schulentwicklung hat für die allgemeinbildenden Gymnasien bei der Differenzierung und bei der Qualität der Leistungsmessung und -rückmeldung einen deutlichen Entwicklungsbedarf festgestellt. Eine Schulart, die sich bei Übergangsquoten von bis zu 50% und mehr mit einer großen Bandbreite sowohl an Begabungen als auch an persönlichen Hintergründen konfrontiert sieht, muss es durch vermehrte Angebote an differenziertem und individuellem Lernen schaffen, jede Schülerin und jeden Schüler für das lebenslange Lernen zu motivieren, ihre Persönlichkeitsbildung zu unterstützen und ihren optimalen Lernerfolg bis zum Abitur zu fördern.

Nun haben die Haushaltsberatungen der Landesregierung für die Gymnasien leider äußerst ernüchternde Ergebnisse erbracht. Im kommenden Schuljahr sollen gerade einmal 22 vier- und mehrzügige baden-württembergische Gymnasien die Möglichkeit erhalten, für einen ihrer Züge die Zeit bis zum Abitur auf neun Jahre zu dehnen. Wenn im darauffolgenden Jahr dann nochmals 22 Schulen dazu kommen, erreicht die einstmals groß angekündigte Wahlmöglichkeit gerade einmal 5% der Schüler.



Gemessen an dem Wortlaut des Koalitionsvertrags „An den allgemein bildenden Gymnasien gibt es dann Wahlfreiheit zwischen zwei Geschwindigkeiten zum Abitur“ können die gymnasialen Eltern das nur als eklatanten Bruch eines für sie zentralen Wahlversprechens werten.

Ebenso war angekündigt worden, die von der Vorgängerregierung gestrichenen zwei Poolstunden „für soziales Lernen und individuelle Förder- und Differenzierungsmaßnahmen“ am allgemeinbildenden Gymnasium zurückzugeben. Auch hier haben die Haushaltsberatungen eine Reduzierung ergeben, so dass nur eine zusätzliche Poolstunde an die Schulen kommt. Ohnehin werden wegen der unzureichenden Versorgung mit Krankheitsvertretern bei problematischem Krankenstand Förder- und Differenzierungsmaßnahmen leider oft zuerst gestrichen.

Die gymnasialen Elternvertreter der ARGEn und des LEB fordern die Landesregierung deshalb unmissverständlich auf,

- die Option eines neunjährigen Wegs an zumindest 120 Gymnasien und damit an einem Drittel der baden-württembergischen Gymnasien zu ermöglichen. Auch dürfen die kleineren, weniger als vierzügigen Gymnasien und damit der ländliche Raum nicht von dem Schulversuch ausgeschlossen werden. Die Anzahl der acht- und der neunjährigen Züge an jedem Gymnasium soll nur von der Entscheidung der anmeldenden Eltern abhängen.
- den Gymnasien die beiden von der Vorgängerregierung gestrichenen Poolstunden zurückzugeben und es ihnen damit zu ermöglichen, mithilfe von mindestens 12 Poolstunden soziales Lernen und individuelle Förderung zu verstärken.
- die Gymnasien und ihre Lehrkräfte in die Fortbildungsinitiative für individuelles und kooperatives Lernen einzubeziehen, die das Land für den Start der Gemeinschaftsschule auflegen will. Gute Kooperationen der GMS-Starterschulen mit benachbarten Gymnasien sind ebenfalls zu fördern, um einerseits gymnasiale Standards an den Gemeinschaftsschulen fachlich fundiert zu ermöglichen und andererseits gymnasiale Lehrkräfte an der Entwicklung neuer, individueller Lernformen in der Praxis teilhaben zu lassen.

Nach dem Beispiel des Gymnasiums in Wilhelmsdorf sollte es nach Auffassung der Elternvertreter den allgemeinbildenden Gymnasien außerdem ermöglicht werden, für individuelle Lernangebote über die Poolstunden hinaus weitere Stunden aus der Fächerbindung der Kontingenzstundentafel herauszulösen und diese in fächerübergreifenden Wahlpflichtprojekten für die Förderung individueller Stärken und der Medienkompetenz, des Methodenlernens und des sozialen Lernens einzusetzen.

Die gymnasialen Elternvertreter erwarten von der neuen grün-roten Landesregierung, dass sie die in den Jahren ihrer Opposition gemeinsam mit Lehrern und Elterninitiativen erhobenen Klagen und Forderungen auch heute ernst nimmt und dass sie die Versprechen ihrer Wahlprogramme und des gemeinsamen Koalitionsvertrags einlöst. Chancengleichheit und Qualität in der Bildung für alle Kinder müssen in Baden-Württemberg Priorität genießen.

Saskia Esken	LEB-Schulartensprecherin und LEB-Vertreterin der allg. Gymnasien im RB Karlsruhe
Christian Bucksch	LEB-Vertreter der allg. Gymnasien im RB Stuttgart
Theo Keck	LEB-Vertreter der allg. Gymnasien im RB Tübingen
Carsten T. Rees	Geschäftsf. LEB-Vorsitzender, LEB-Vertreter der allg. Gymnasien im RB Freiburg, Vorsitzender der ARGE Freiburg
Jutta Dongus	Vorsitzende der ARGE Stuttgart
Martin Adam	Vorsitzender der ARGE Karlsruhe
Bernd-Dieter Ortlieb	Vorsitzender der ARGE Tübingen